



verabschiedet auf der 7520. Sitzung des Sicherheitsrats
am 10. September 2015

Der Sicherheitsrat

unter Hinweis auf seine Resolution 1970 (2011) und alle seine späteren Resolutionen über Libyen,

in Bekräftigung seines nachdrücklichen Bekenntnisses zur Souveränität, Unabhängigkeit, territorialen Unversehrtheit und nationalen Einheit Libyens,

mit der Aufforderung an alle an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien, alle geeigneten Schritte zum Schutz von Zivilpersonen zu unternehmen,

unter Hinweis darauf, dass alle an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien die nach dem humanitären Völkerrecht, den internationalen Menschenrechtsnormen und dem Flüchtlingsvölkerrecht für sie geltenden Verpflichtungen strikt zu befolgen haben,

unter Begrüßung der laufenden Moderationsbemühungen der Unterstützungsmission der Vereinten Nationen in Libyen (UNSMIL) und des Sonderbeauftragten des Generalsekretärs zugunsten einer politischen Lösung unter libyscher Führung für die zunehmenden Herausforderungen, die sich dem Land stellen, und unterstreichend, dass es wichtig ist, dass im Einklang mit den Grundsätzen der nationalen Eigenverantwortung eine Einigung auf die unmittelbar nächsten Schritte erzielt wird, um den politischen Übergang in Libyen abzuschließen, einschließlich der Bildung einer Regierung der nationalen Eintracht,

in Anerkennung der Notwendigkeit, die Hilfe für eine Regierung der nationalen Eintracht und die Sicherheitsregelungen zu planen,

unter Begrüßung der Paraphierung des Libyschen politischen Abkommens von Skhirat (Marokko) am 11. Juli 2015 durch die Mehrheit der libyschen Delegierten des Sicherheitsrats zu beginnen,

mit der nachdrücklichen Forderung nach der vollen, gleichberechtigten Teilhabe der Frauen an allen Aktivitäten im Zusammenhang mit dem Übergang, der Konfliktbeilegung und der Friedenskonsolidierung im Einklang mit den einschlägigen Resolutionen des Sicherheitsrats, namentlich den Resolutionen

derlichen Schritte zu unternehmen, um Gerichtsverfahren zu beschleunigen, Inhaftierte der Staatsgewalt zu überstellen und Menschenrechtsverletzungen und Übergriffe zu verhindern und zu untersuchen, forderte libysche Parteien auch die libysche Regierung bei ihren diesbezüglichen Anstrengungen zu kooperieren, forderte sofortige Freilassung aller in Libyen willkürlich festgenommenen oder in Haft gehaltenen Personen, einschließlich ausländischer Staatsangehöriger, und unterstreicht, dass die libysche Regierung die Hauptverantwortung für die Förderung und den Schutz der Menschenrechte aller Menschen in Libyen trägt, einschließlich derjenigen der afrikanischen Migranten und anderer ausländischer Staatsangehöriger;

9. bekundet seine Besorgnis darüber, dass die Situation in Libyen durch die

